

Saale-Beitung.

Zweihunddreißigster Jahrgang.

Einzeigen werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Bl., jede aus 6 Bl. mit 15 Bl. berechnet...

Bezugspreis Mr. Halle vierteljährlich 2,50 Mr., bei einmaliger Bestellung 2,75 Mr., durch die Post 3 Mr., monatlich 2 Mr., einmonatlich 1 Mr., ohne Befreiung...

Nr. 148.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 29. März

1898.

Das preussische Wahlrecht.

Wir leben im Zeitalter der Unbillen, und der Tag ist nicht fern, wo wir auch das fünfzigjährige Bestehen des preussischen Wahlgesetzes feiern können, vom Fürst Bismarck gesagt hat, es sei das elendeste auf der Welt...

Die preussischen Wahlen werden um freilich insofern eine gegen früher veränderte Nuance aufweisen, als die Sozialdemokratie bekanntlich wünschenswert ist, sich am Wahlkampfe zu beteiligen. Was das wirren wird und kann, darüber läßt sich zunächst nicht das Gerüchte aussagen...

Einen vorläufigen Vorschlag, den wir nach dem Befolgen der Beachtung empfehlen, ohne uns mit ihm zu identifizieren, fügen wir im Anhang mit „Preussischen Vorschlägen“ unter dem Titel „Vögt sich das Dreiklassenwahlrecht reformieren?“ Als Verfasser ist „ein preussischer Richter“ angegeben...

Wählern würden genötigt werden. Er glaubt nicht, daß die Abgeordneten der dritten Klasse überlegend Sozialdemokraten sein würden. In den Wahlkreisen mit starker ländlicher und kleinstädtischer Bevölkerung würde diese Partei schwerlich auch nur in der dritten Klasse durchdringen...

So viel ist sicher: hätten wir nicht das Reichswahlgesetz und den Reichstag, würden also die Bedürfnisse und Anliegen der preussischen Bevölkerung, also der Zweidrittelbevölkerung im Reiche, nicht in der Gesamtvertretung deutscher Nation ihr natürliches Recht finden...

Deutsches Reich.

Sofa- und Personalsnachrichten.

Berlin, 29. März. Wie neuerdings aus Hamburg v. d. S. verlautet, sollen der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich dort konfirmiert werden.

Die preussischen Volksschulen.

Die Zahl der öffentlichen Volksschulen in Preußen betrug im Jahre 1896 36.138 gegen 34.742 im Jahre 1891 und 34.016 im Jahre 1886, so daß in zehn Jahren eine Steigerung um 2122 Schulen stattgefunden hat. Diese Schulen waren mit 80.311 (1891: 72.921, 1886: 66.540) Unterrichts-räumen ausgestattet...

Die Fleischversorgung Deutschlands.

Die „Dtsch. Tagesztg.“ hat triumphtreu mitgeteilt, daß der deutsche Fleischverbrauch den Antrag Wandel-Ring wegen gesetzlicher Einführung der obligatorischen Fleischschabe begehretet sei. Daran haben wir keinen Anlaß zu zweifeln, daß die obligatorische Fleischschabe in Stadt und Land nicht Selbstzweck ist...

geführten Ehre in öffentlichen Schlaftschlafnern vorgeschrieben würde.

Zu der für alle Kreise so hochwichtigen Frage, ob Deutschland genügend Schlachttvieh produziert, nimmt eine von der Berliner Fleisch-Zerlegung in diesen Tagen an den Reichsanwalt und an den Bundesrat abgeleitete Petition von neuem Stellung.

- 1. daß die Grenzen für die Einfuhr von Schlachttieren aller Art aus dem Auslande unter Innehaltung aller notwendigen Vorkehrungsregeln gebührend fest zu stellen; 2. die Einführung von reichem Fleisch aus dem Auslande nur unter der Bedingung gestattet wird...

Der amerikanische Fleisch und Wurstwaren innerhalb des Zolltarifs in den Verkehr bringen will, hat es einer vorherigen Unternehmung nach Wabago dieses Gesetzes und des Trichinellen-Gesetzes von 1886 zu unterwerfen...

Sozialwirtschaftliches.

* Wie schon gemeldet, wird die Regierung wahrscheinlich von dem Reichstage die Ermächtigung zum Abschluß eines handelspolitischen Protokolls mit England fordern. Der Hauptinhalt dieser Vereinbarung wird, wie der „Ann. Cour.“ schreibt, hauptsächlich darin bestehen, daß England und die englischen Kolonialländer abgesehen von Kanada...

* Der auswärtige Handel Deutschlands zeigt auch für den Februar d. J. Bessere, die die entsprechenden aller Vorjahre erheblich übersteigen. Die Einfuhr belief sich auf 25,78 Millionen Doppelcentner gegen 23,41 im Februar 1897, 20,24 im Februar 1896 und 15,94 im Februar 1895.

Parlamentarisches.

* Der Geheimrat über die Disziplinargesetzgebung in der Privatrechtsgesetzgebung hat, wie sich aus dem jetzt vorliegenden Kommissionsbericht ergibt, in der Kommission kaum andere als reaktionelle Änderungen erhoben. Der Angekündigte soll bei dem Disziplinerverfahren am mündlichen Verhandlung teilnehmen können und sich bei der letzten des Verfahrens eines Rechtsmittels als Rechtsmittel bedienen dürfen.

